
Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Auftrag der Baden-Württemberg Stiftung ist es, die Zukunftsfähigkeit des Landes zu stärken und zu sichern. Die Baden-Württemberg Stiftung konzentriert sich auf entscheidende Faktoren: wirtschaftlichen Wohlstand, ökologische Modernisierung, eine lebendige Bürgergesellschaft sowie soziale und kulturelle Teilhabe. Als operativ agierende Einrichtung entwickelt und initiiert die Baden-Württemberg Stiftung in den Bereichen Bildung, Forschung, Gesellschaft und Kultur eigene Programme. Die Themen reichen dabei von Nachwuchsförderung, Lebenswissenschaften und Gesundheit über die frühkindliche Bildung, internationalen Austausch, Bildung für nachhaltige Entwicklung bis hin zu bürgerschaftlichem und kulturellem Engagement. Denn Solidarität ist das Netz, das eine Gesellschaft zusammenhält. Deshalb fördert die Baden-Württemberg Stiftung den Einsatz für eine starke Gemeinschaft und unterstützt das ehrenamtliche und zivilgesellschaftliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern. In dem breitgefächerten Programm „Bürgerbeteiligung Zivilgesellschaft“ widmen wir uns der Qualifikation von Jugendlichen in diesem Feld, unterstützen eine Allianz für Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen in Baden-Württemberg und führen ein Forschungsprogramm durch, das Gegenstand der vorliegenden Publikation ist. In allen diesen Feldern findet eine enge Zusammenarbeit mit dem Städtetag Baden-Württemberg und der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg, Gisela Erler, statt.

Seit geraumer Zeit ist eine wachsende Unzufriedenheit innerhalb der Bevölkerung mit dem vorherrschenden System der repräsentativen Demokratie zu beobachten. Zwar richtet sich diese Unzufriedenheit nicht gegen die zentralen Werte der Demokratie als solche, wohl aber gegen ihre gelebte Praxis. Um dem zu begegnen, will die baden-württembergische Landesregierung mit einer Politik des „Gehörtwerdens“ dem wachsenden Mitwirkungsbedürfnis einer engagierten Zivilgesellschaft gerecht werden und verloren- gegangenes Vertrauen in die Politik zurückgewinnen.

Ein guter Wegbereiter für das vorliegende Demokratie-Monitoring war die im vergangenen Jahr gemeinsam mit der Staatsrätin herausgegebene bundesweite Studie der Bertelsmann Stiftung, „Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden“. Im Rahmen dieser Studie wurden bundesweit Bürgerinnen und Bürger, Ratsmitglieder, Verwaltung und Bürgermeister aus 27 Kommunen befragt, u.a. auch aus Baden-Württemberg. Die Ergebnisse zeigen, dass wir in Baden-Württemberg auf dem richtigen Weg sind: zwei Drittel aller befragten Bürgerinnen und Bürger möchten mehr konkrete Entscheidungen selbst treffen und mit dem Vorurteil, dass mehr Bürgerbeteiligung der repräsentativen Demokratie schadet, wird gründlich aufgeräumt. Aus den Befragungen geht weiter hervor, dass Menschen, die sich an Bürgerentscheiden oder –dialogen beteiligen mit hoher Wahrscheinlichkeit auch zur Wahl gehen und umgekehrt. Außerdem belegt die Studie, dass Bürgerbeteiligung demokratische Kompetenzen stärkt und die Akzeptanz von politischen Entscheidungen fördert.

Zivilgesellschaftliches und bürgerschaftliches Engagement ist ein wichtiger und stabilisierender Faktor einer lebendigen und sozialen Demokratie. Doch wie steht es um die Demokratie und das Beteiligungsverhalten der Bürgerinnen und Bürger im Land tatsächlich? Wie zufrieden sind sie mit den demokratischen Verfahren und mit den Beteiligungsmöglichkeiten? Auf Anregung von Staatsrätin Erler hat sich die Baden-Württemberg Stiftung 2012 auf den Weg gemacht, Antworten zu finden. Für die Forschungsstudie „Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg“ konnten die Landesuniversitäten gewonnen werden, insbesondere die Universitäten Mannheim, Tübingen, Stuttgart und Freiburg. Mithilfe ihrer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist es gelungen, ein umfassendes Bild zu Demokratie und Beteiligung in Baden-Württemberg zu zeichnen.

Ausgangspunkt und Rahmen der Studie bildete dabei der Artikel „Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2013. Bezugsrahmen, Grundidee und Leitfragen“ von Prof. Dieter Fuchs von der Universität Stuttgart. Um tragfähige Ansatzpunkte für eine stärkere Beteiligung der Bürger zu finden, ist zunächst einmal eine Bestandsaufnahme des Status quo sinnvoll, um darauf basierend die Frage zu beantworten,

wie die Qualität der Demokratie im Land zu beurteilen ist. Dazu wurden drei Teilprojekte entwickelt.

Das Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung der Universität Mannheim untersuchte die sozialen und politischen Orientierungen der Bürgerinnen und Bürger, ihre Einstellungen zur Demokratie sowie ihre Beteiligung am sozialen und politischen Leben im Land. Die Ergebnisse der Analysen zeigen ein überwiegend positives Bild: die Bürgerinnen und Bürger identifizieren sich stark mit dem Bundesland Baden-Württemberg und zeigen sich mit den landespolitischen Institutionen zufrieden. Dennoch gibt es Handlungsbedarf, insbesondere bei den jüngeren Generationen und bei Personen mit niedrigem sozioökonomischem Status.

Die Universität Tübingen machte sich auf die Suche nach den Gründen für die unterschiedlichen Arten politischer Partizipation und konzentrierte sich auf die Analyse der politischen Einstellungen und Beteiligungsorientierungen in ausgewählten Kommunen. Die Ergebnisse bilden eine große Bandbreite politischer Orientierungen ab, welche die These der Heterogenität und Pluralisierung politischer Vorstellungen, Wertorientierungen und Handlungsformen bestätigt. Es gelang, sieben lebensweltliche Typen auf Basis des Partizipationsniveaus und des Demokratieverständnisses abzubilden.

Die Frage, ob Bürgerbeteiligungsverfahren die hohen Erwartungen aus Politik und Gesellschaft tatsächlich erfüllen, stand im Fokus des Forschungsprojektes der Universitäten Stuttgart und Freiburg. Die Ergebnisse legen nahe, dass die verstärkte Nutzung von Bürgerbeteiligungsformen ein sinnvoller Weg ist, um die repräsentative Demokratie zu unterstützen. Negative Wirkungswahrnehmungen hängen mit der Konflikthaftigkeit des jeweiligen Prozesses zusammen und müssen beachtet werden.

Die Unterstützung der Demokratie durch die Bürgerinnen und Bürger sowie ihre Beteiligung am sozialen und politischen Leben im Land werden durch die Ergebnisse der Teilprojekte eindeutig bestätigt. Diese bilden ein solides Fundament für die Transformation von Erkenntnissen in Handlungsempfehlungen zur Weiterentwicklung von Beteiligungsverfahren.

Das nun vorliegende erste Demokratie-Monitoring für Baden Württemberg zeigt eindrücklich, wie Formate der Bürgerbeteiligung und der direkten Demokratie auf unser repräsentatives politisches System wirken. Wie passt es sich an? Welchen Einfluss haben Partizipation und direkte Demokratie auf die Bürgerinnen und Bürger? Die langfristigen Antworten auf solche Fragen kann uns ein Demokratie-Monitoring geben, das regelmäßige Wiederholung findet. Er ist damit ein weiterer wichtiger und nachhaltiger Schritt auf dem Weg hin zu einer vielfältigen Demokratie und einer umfassenden Beteiligungskultur in unserem Land.

Wir danken den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern für ihr Engagement und ihre Beiträge, den Expertinnen und Experten des Beirats des Forschungsprogramms für ihre wertvollen Hinweise und allen weiteren Beteiligten für ihren unermüdlichen Einsatz zum Gelingen dieser Studie.

Viele wertvolle Einblicke und Vergnügen beim Lesen wünschen

Christoph Dahl

und

Gisela Erler

Geschäftsführer
Baden-Württemberg
Stiftung

Staatsrätin für Zivilgesellschaft und
Bürgerbeteiligung der Landesregierung
von Baden-Württemberg

<http://www.springer.com/978-3-658-09419-5>

Demokratie-Monitoring Baden-Württemberg 2013/2014

Studien zu Demokratie und Partizipation

(Hrsg.)

2015, X, 355 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-09419-5